

Wohl was locker?

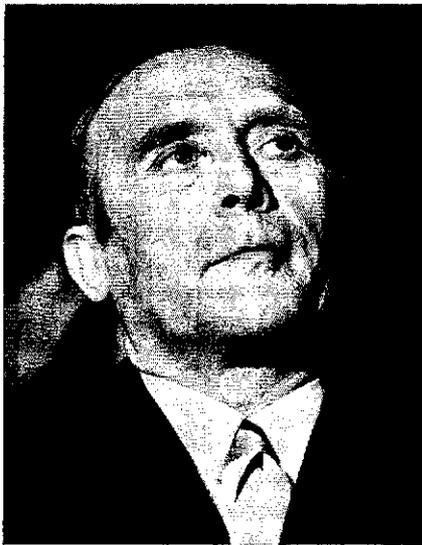
Emigranten aus dem Osten sind die wichtigsten Helfer der Bonner Opposition in den USA. Mit Material des CSU-Abgeordneten Becher programmieren sie US-Parlamentarier zur Kritik an den Bonner Ostverträgen.

Walter Becher, 59, lautstarker Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundestagsabgeordneter der CSU und Spezi des Franz Josef Strauß, verhielt sich ungewöhnlich leise: Im Kongreß von Washington betrieb er Geheimdiplomatie — gegen die deutsche Bundesregierung.

Den Erfolg seiner heimlichen Bemühungen im Februar dieses Jahres meldete am 25. März die Postille „Human Events“, Sprachrohr des rechtsten Flügels der Republikanischen Partei in den USA: „Eine Gruppe von Abgeordneten ... könnte das entscheidende Werkzeug dafür sein, daß Westdeutschland von seiner gefährlichen Ostpolitik abläßt, die ganz Europa zu finnlandisieren droht.“

Die „Gruppe von Abgeordneten“ waren fünf Senatoren und elf Abgeordnete des Repräsentantenhauses, die im Februar und März mit scharfen Reden ihren Widerstand gegen Willy Brandts Ostpolitik offiziell zu Protokoll gegeben hatten, allerdings „nahezu unbeachtet von der amerikanischen Presse“, wie „Human Events“ bedauerte.

Zuständige Beamte in der deutschen Botschaft Washington hatten zwar keinen Zweifel, „daß hier ein Komplott vorliegt“, forschten aber gar nicht erst



Amerika-Besucher Becher
„Wacklige Grundlage“

nach Zusammenhängen: Die Abgeordneten erscheinen ihnen „in keiner Weise repräsentativ“ und würden „nur aufgewertet“, wenn man sie zu ernst nähme. Die Deutschen verweisen statt dessen auf eine Presseschau von 60 amerikanischen Zeitungen, in denen nicht einmal sachte Ansätze von Kritik an den Verträgen enthalten sind.

Nun war die deutsch-amerikanische Rechtsaktion freilich auch nicht auf die amerikanische, sondern auf die deutsche Presse gezielt gewesen: Einige der deutschen Korrespondenten in Washington wurden durch Anrufe oder anonyme Briefe termingerecht auf die Kongreßreden gegen die deutsche Ostpolitik hingewiesen — offenbar auch „Welt“-Ultra Heinz Barth, der sich für seinen Fern-Feldzug kaum eine Stellungnahme

der „führenden Mitglieder des US-Kongresses“ entgegen läßt.

Andere Korrespondenten hingegen bemühten sich wochenlang vergebens um Gespräche mit den Anti-Brandt-Rednern. So glaubt Monika Metzner, Korrespondentin der „Frankfurter Rundschau“: „Die rufen immer irgendwo an, erkundigen sich, welchen Kurs man vertritt, und sagen dann ab.“

Die Serie der Kongreß-Reden gegen die Bonner Ostpolitik hatte begonnen, nachdem der CSU-Becher — begleitet von dem Exil-Tschechen Jiří Brada (angestellt beim „Sudetendeutschen Rat“ in München) und dem Vertriebenenfunktionär Helmut Kostorz aus Salzgitter — im Februar über eine Woche lang im Kongreß mit dem Alternativ-Plan des Franz Josef Strauß die Runde durch die Büros bekannt anti-kommunistischer Abgeordneter gemacht hatte. Becher meldete sich nicht bei der deutschen Botschaft in Washington, lief aber deutschen Journalisten im Vorzimmer des republikanischen Abgeordneten Derwinski (Anti-Ostpolitik-Beitrag am 7. März 1972) über den Weg. ARD-Korrespondent Klaus Bölling: „Das hat ihm gar nicht gefallen.“

Auch Senator Roman Hruska ließ erkennen, daß Becher bei ihm angeklopft hatte. Am 25. Februar lieferte der konservative Senator aus Nebraska, zu dessen Wählern eine beträchtliche tschechische Minderheit zählt, seine Rede ab: „Deutschland ist ... in akuter Gefahr, mit seiner Ostpolitik gegen die besten Interessen der Länder der freien Welt zu handeln.“ Wenige Wochen später meldete sich der außenpolitische Laie noch einmal warnend zu Wort — diesmal in Bechers Sprachrohr „Sudetendeutsche Zeitung“.

Besuch vom CSU-Kurier bekam in Washington auch der erzkonservative Senator Strom Thurmond aus South Carolina, langjähriger Strauß-Freund und gelegentlicher Autor der „Deutschen National-Zeitung“. Thurmond am 17. Februar im Senat: „Nach meinem Urteil bedeuten die Verträge eine wacklige Grundlage für die künftigen Beziehungen zwischen Ost und West.“

Eine festere Basis hatte ihm Becher mitgebracht: den Gegen-Entwurf des Franz Josef Strauß zur Ostpolitik. Thurmond ließ das Papier in den „Congressional Record“ aufnehmen — wie ein knappes Jahr zuvor schon einen „ausgezeichneten Artikel von Mr. (Axel) Springer“ über dasselbe Thema.

Becher, der nach eigenen Bekundungen „noch eine ganze Reihe anderer Senatoren und Abgeordneter“ mit seinem Besuch beehrte, bewegte sich in Washington nicht ohne örtlichen Beistand und einschlägige Erfahrungen.

Zwar gibt es in der amerikanischen Bundeshauptstadt noch immer keine offizielle Informationsstelle der CDU/CSU, wie sie einigen Christdemo-



Amerika-Besucher Strauß (M.): „Entscheidendes Werkzeug“

* 1969; links: der inzwischen verstorbene „Bayernkurier“-Chef Hepp.

kraten nach dem Ende der Großen Koalition vorgeschwebt hatte. Doch dafür besteht jetzt auch kaum noch eine Notwendigkeit.

Einmal erwies sich das Verfahren der Privatbesuche bei Senatoren und Abgeordneten in den Augen der CSU-Bosse als sehr nützlich. Becher, der bereits 1969 während einer gemeinsamen USA-Reise mit dem (inzwischen verstorbenen) persönlichen Strauß-Referenten und „Bayernkurier“-Chefredakteur Marcel Hepp bei 22 Senatoren und 27 Kongreßabgeordneten Stimmung gegen den Atomsperrvertrag gemacht hatte, empfahl seinem Chef Strauß damals „die Fortführung dieser Informationskontakte als eine Aufgabe von hoher politischer Priorität“.

Zum anderen gab es schon eine ideale Interessenvertretung: die deutsch-amerikanische Emigrantorganisation „German-American Heritage Group“, die über ihren Vorsitzenden Karol Sitko enge Beziehungen zu Nixons Republikanischer Partei hat. Für den gebürtigen Oberschlesier Sitko („Mit Strauß bin ich lange befreundet“) ist der CSU-Chef



Vertragsgegner Thurmond
„Träumerische Illusionen“

„zur Zeit der hervorragendste Politiker in Deutschland“. Brandt dagegen, so Sitko zum SPIEGEL, „muß ja wohl auf den Kopf gefallen sein, bei dem ist wohl was locker — alle diese Gebiete zu verschenken, die ihm nicht gehören“.

Die „German-American Heritage Group“ und eine Reihe anderer Gruppen von Exil-Osteuropäern erregten im letzten Jahr in Washington Aufmerksamkeit, als die Republikanische Partei sich zum Zweck der Wahlwerbung um sie zu kümmern begann. Einer der Verbindungsleute: Karol Sitko, als „Berater“ für ethnische Fragen in der Nixon-Partei tätig.

In Washington repräsentieren diese Gruppen den extremen rechten Flügel einer kleinen Minderheit von Amerikanern europäischer Abstammung. Die rührigen Funktionäre, so spottete die „Washington Post“, seien „stark an Briefköpfen und anti-bolschewistischen Parolen“, aber „schwach an amtlicher Mitgliedschaft“.



Vertragsgegner Crane
„Unglückliche Tatsache“

Die stärkste Gruppe aktiven deutschen Landsmannschaftstums ist mit etwa 24 000 Mitgliedern der „Deutsch-Amerikanische National-Kongreß“ (DANK). Dieser Verein distanzierte sich zwar inzwischen von der Person des Mr. Sitko, steht aber nach wie vor zu den Briefen, die im Januar letzten Jahres als Ergebnis der „First National German-American Heritage Group Conference“ an Präsident Richard Nixon und in Kopien an alle US-Senatoren, Kongreßabgeordnete und Mitglieder des Deutschen Bundestags gingen: „Die Ratifizierung der Verträge zwischen Bonn und Moskau und Bonn und Warschau könnte zu einem Ausverkauf nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa führen.“

DANK stieß sich lediglich an der Publikationssucht Sitkos. Ein Direktionsmitglied zum SPIEGEL: „Das ist doch ein politischer Hochstapler.“ Erklärend fügte der Funktionär hinzu: „Was soll man denn davon halten, wenn Sitko sich zusammen mit (Ex-Kirchenpräsident) Niemöller photographieren läßt?“

Sitko blieb damit neben einigen obskuren lokalen Vereinen für seine „Heritage Group“ nur noch die „Federation of American Citizens of German Descent in the U.S.A.“ als organisatorisches Standbein. Diese Gruppe — 1946 gegründet und nach eigenen Angaben 7000 bis 10 000 Mitglieder stark — vertreibt in Irvington (New Jersey) ein Blatt mit dem Titel „Voice of the Federation“. In ihm wird die Bundesrepublik Deutschland als „Frahm-Deutschland“ bezeichnet und bedauert, daß „die rot-jüdisch kontrollierten Massenmedien alles Patriotische als ‚Neo-Nazi‘“ bezeichnen. Die Patrioten in Westdeutschland dagegen beten laut „Voice of the Federation“ fortgesetzt: „Erlöse uns von dem Übel“ — und jedermann weiß, wer damit gemeint ist — die ‚zwei roten Herberts‘, Frahm und Wehner, und ihre antideutsche Clique von Verrätern.“

Als politisches Standbein freilich bleibt Sitko auch noch die Republikanische Partei der USA. Auf deren rechtem Flügel tummelt sich der von Nixon er-

nannte „ethnische Koordinator“ Laszlo Pastor aus Ungarn, der einst der faschistischen Pfeilkreuzler-Bewegung angehörte und von 1943 bis 1945 an der pro-nazistischen ungarischen Botschaft in Berlin gegen den Bolschewismus kämpfte. Und es bleibt ihm der ständige Kontakt zu westdeutschen Vertriebenen-Funktionären wie Kistorz, zu Emigranten-Aktivistinnen wie Brada und zu CSU-Politikern wie Becher.

Sie alle beliefern Sitkos Zeitung „Washington New Approach“ (Auflage laut Sitko: 26 000) mit Kampfmateriale gegen die Ostpolitik. Und wenn die vertriebenen Amerika-Reisenden nicht, wie im Februar, selbst im Kongreß ihre Anti-Brandt-Pamphlete verteilen, sorgt Vertriebenenfreund Sitko dafür, daß ihre Auffassungen den Kongreßabgeordneten nicht verborgen bleiben: Allmonatlich schickt er Freixemplare des „Washington New Approach“ an die US-Parlamentarier.

Auch an persönlichen Begegnungen zwischen dem rührigen und als wohlhabend geltenden Republikaner und seinen deutschen und osteuropäischen Gesinnungsfreunden ist kein Mangel: Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres jettete Sitko zu anti-ostpolitischen Veranstaltungen nach München, Hannover und Paris. Für diesen Monat ist geplant, „im Rahmen der Nato... eine Gesamttagung von Vertretern der Nationalitäten-Gruppen Amerikas und Europas durchzuführen“ (so die März-Nummer des „Washington New Approach“).

Bereits im vorigen Jahr hatte das Trio Becher-Kistorz-Brada bei einer ähnlichen Folge von Veranstaltungen in Washington Gelegenheit, mit Hilfe Sitkos seine politischen Kontakte in den USA zu vertiefen.

Erst nahmen — im Mai — alle an einem „Symposium des amerikanischen ‚Institute on Problems of European Unity‘“ teil — zusammen mit dem einstigen FDP-MdB Siegfried Zoglmann sowie den Vertriebenen-Funktionären Reinhold Rehs und Helmut Gossing.

Dann leitete Kistorz (bis 1967 CDU-Mitglied, stellvertretender Bundesvor-



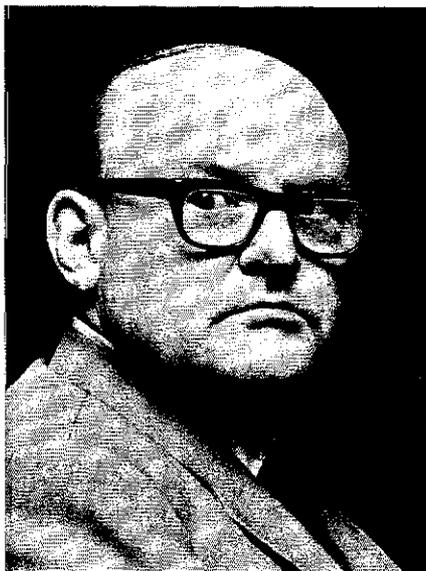
Vertragsgegner Hruska
„Akute Gefahr“

sitzender der Schlesischen Landsmannschaft) eine „deutsche Beobachterorganisation“.

Schließlich folgte vom 15. bis 17. Oktober die zweite „All-German-American Heritage Conference“ — mit einem Gala-Diner für 100 Dollar pro Person im Statler Hilton Hotel in Washington. Richard Nixon akzeptierte in einem Brief den Ehrenvorsitz und schickte als Redner seinen Verkehrsminister Volpe.

Gleichzeitig mit diesem „obskuren Treffen“ („The Washington Post“) tagte in Washington auch der „Rat für amerikanisch-europäische Zusammenarbeit“, der sich Mitte Januar dieses Jahres in Hannover eine europäische Sektion zulegte. Zu deren Vorstandsmitgliedern gehören der CDU-Abgeordnete Clemens Riedel (Präsident der Schlesischen Landesversammlung), der frühere FDP-Chef von Bayern Dietrich Bahner und Helmut Kostorz.

Im Januar trat dann der transatlantische Wanderzirkus gegen die Ostpolitik



Strauß-Freund Sitko
„Erlöse uns von dem Übel“

in München auf — Hauptsprecher: Karol Sitko, Teilnehmer: CSU-Minister Pirkl, der dem Ex-Oberschlesier Sitko zuvor als „Präsidentenmitglied der CSU die Grüße des Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß“ („Bayernkurier“) überbracht hatte.

Knapp einen weiteren Monat darauf — laut Reisestelle des Deutschen Bundestages vom 8. bis 19. Februar — folgte der Gegenbesuch: Becher, Kostorz und Brada gingen im Kongreß von Washington mit den Strauß-Plänen hausieren, übersetzt von Jiří Brada.

Der Text, den die Abgeordneten „beiliegend“ fanden, traf mit wenigen Ausnahmen nur Gesinnungsfreunde der deutschen Besucher. Alle Senatoren und Abgeordneten, die Becher ansprach, sind an einer aufschlußreichen Werteskala meßbar: an ihrem „Voting-Record“. Auf einer Rangliste (Höchst-

punktzahl 100), welche die Stimmabgaben der Abgeordneten zu allen in einem bestimmten Zeitraum anfallenden Vorlagen registriert, rangierten Bechers Adressaten mit ihren Abstimmungsergebnissen nach dem Urteil der liberalen Organisation „Americans for Democratic Action“ ganz unten in einem Bereich von null bis 22 Punkten.

Die konservative Gruppe „Americans for Constitutional Action“ hingegen notierte die Anti-Ostpolitik-Redner ganz oben zwischen 61 und 100. Die Hauptgruppe der Redner gegen die Ostpolitik gehört überdies dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses an, der zu den konservativsten Gremien des Hauses zählt. Alle Redner — bis auf die Senatoren Talmadge (Demokrat) und Buckley (Konservativer) — sind Republikaner.

Zu den von Becher animierten überzeugten Kommunisten-Fressern beider Häuser gehörte Strauß- und Sitko-Freund Strom Thurmond, der dem SPIEGEL anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt kundtat: „Viele Amerikaner sind sehr besorgt über die Gefahren für den Westen, die durch Brandts träumerische Illusionen erzeugt werden. Sie sind nicht beeindruckt, wenn der Friedensnobelpreis für linke Propaganda benutzt wird.“

Zu den Becher-Abgeordneten gehörte auch der Republikaner Philip M. Crane aus Illinois, der die „Tigerkäfige“ von Con Son — in denen Nordvietnamesen nach Berichten anderer Kongreßabgeordneter mißhandelt wurden — sauber fand „als die durchschnittliche Wohnung“ in Südvietnam.

Crane zur Ostpolitik: „Die unglückliche Tatsache ist, daß die deutsche Ostpolitik eine genaue Verwirklichung dessen ist, was die kommunistischen Staaten Osteuropas ‚Westpolitik‘ nennen.“

Und schließlich zählt zu den unbedeutenden, in Deutschland jedoch von der Springer-Presse hochgestapelten Parlamentariern der Republikaner John G. Schmitz aus Kalifornien, Mitglied der rassenhetzerischen John Birch Society. Er hält Nixons außenpolitischen Berater Henry Kissinger für einen verkappten Kommunisten, weil Kissinger dem sowjetischen Botschafter Anatol Dobrynin auf einer Feier der sowjetischen Botschaft zugprostete. Schmitz: „Kissingers Herzlichkeit erzeugte außergewöhnliches Interesse, denn nach FBI-Angaben ist Botschafter Dobrynin der gefährlichste KGB-Agent, der zur Zeit in den USA arbeitet.“

Von Bechers Kontaktmännern, die ihre Informationen bislang offenbar nur aus Becher-, Sitko- oder Springer-Quellen erhielten, zeigte sich jetzt zum erstenmal einer gründlich überrascht und erschrocken: der gemäßigt-konservative Abgeordnete Guy Vander Jagt, Republikaner aus Michigan. Zwar lieferte

Warum Stummfilme, wo die Vertonung jetzt so leicht ist.



die photokina-
Neuheit '72

Mit dem NORIS NORIMAT zum Beispiel.

Dieser Tonfilm-Cassetten-Projektor ermöglicht durch ein neuartiges Verntonungsverfahren die verschiedensten Aufnahmetechniken. Passend für Anfänger und Könnler. Ganz leicht oder mit allen Raffinessen. Nur mit Musik oder auch mit Sprache und Geräuschen.

Das Besondere: Der NORIS NORIMAT ist Filmprojektor und Tonbandgerät in einem. Das bedeutet Film und Ton sind getrennt, laufen aber durch Gleichschaltung 100-prozentig synchron. Das alles kann nur der NORIS NORIMAT. Er bietet beste Klangqualität. Eine der preiswerten Compact-Cassetten reicht zur Verntonung von zwei 120 m-Filmen.

Beste Ausstattung: hochklassiges Vario-Objektiv 12 V/100 W. Halogen-Kaltlichtspiegel-Lampe. Vorlauf, sichtbaren Rücklauf und Stillstandsprojektion.

Bitte lassen Sie sich durch unseren Spezialprospekt informieren.

Filme mit NORIS
projiziere mit NORIS

An Fa. NORIS PROJEKTION GMBH
Abt. M 18
85 Nürnberg, Hohlfederstr. 40
Senden Sie mir bitte umgehend gegen diesen
Informations-Coupon
den Spezialprospekt über den
NORIS NORIMAT

auch er am 1. März seine Rede im Sinne Bechers ab. Von deutschen Journalisten auf seine Nachbarschaft zu besonders „Kalten Kriegern“ hingewiesen, machte er jedoch einen Rückzieher: „Ich halte die Ostpolitik doch für vernünftig.“

BUNDESWEHR

Holt ihn ab

Fast eine halbe Division Soldaten schwänzte im letzten Jahr den Dienst bei der Bundeswehr. Viele Landser müssen schwarzarbeiten, um ihre Schulden aus dem Zivilleben zu tilgen.

Immer, wenn der Rekrut Heinz Ferner* von der Panzergrenadierbrigade 7 im niedersächsischen Fischbeck beim Appell fehlte, setzte der Kompaniechef ein Bergungskommando in

inspekteur der Bonner Streitkräfte: „Die zunehmende Zahl der eigenmächtigen Abwesenheit von der Truppe macht uns Sorge.“

7621mal entwichen im Jahre 1970 wehrunwillige Landser aus den Kasernen. 1971 absentierten sich schon so viele Soldaten unerlaubt, daß der Bundeswehrführungsstab es vorzog, die Zahl vorerst geheimzuhalten. Manfred Wörner, Wehrexperte der CDU, schätzte: „Die Fälle unerlaubter Entfernung von der Truppe haben im vergangenen Jahr bis zu 80 Prozent zugenommen.“

Die halbe Division, die 1971 schwänzte, war entweder „fahnenflüchtig“ oder „eigenmächtig abwesend“. Der Unterschied, definiert im Wehrstrafgesetz: Eigenmächtig abwesende Soldaten wollen irgendwann zurückkommen, fahnenflüchtige nicht.

Eine „sozialpsychologische Untersuchung“ (Oberst Johannes Gummersbach vom Führungsstab der Streit-

Verhaltensweise fehlt ihnen manchmal einfach das Unrechtsbewußtsein.“

Beispiel aus der Schultz-Praxis: Ein Koch, der mehrfach den Dienst versäumt hatte und mit 14 Tagen Ausgangssperre bestraft worden war, beschwerte sich beim parlamentarischen Wehr-Kontrollleur. Schließlich habe er im elterlichen Wirtshaus für Hochzeiten kochen müssen, weil sonst die Konkurrenz das Geschäft gemacht hätte.

Häusliche Schwierigkeiten sind häufig die Ursache für eigenmächtige Abwesenheit. Meist drücken Geldsorgen die Eingezogenen, die beispielsweise in Wagemanns Altahleiner Panzergrenadierbrigade zu 60 Prozent verheiratet sind.

Da der Unterhalt aus der Bundeskasse für die Angehörigen sich nach dem letzten versteuerten Einkommen im Zivilleben bemißt, die Soldaten vor ihrer Dienstzeit aber nach Wagemanns Recherchen durchweg ein Großteil des Familienbudgets mit — unverteuert — Schwarzarbeit bestreiten, müssen sie nun neben dem Dienst noch anschaffen.

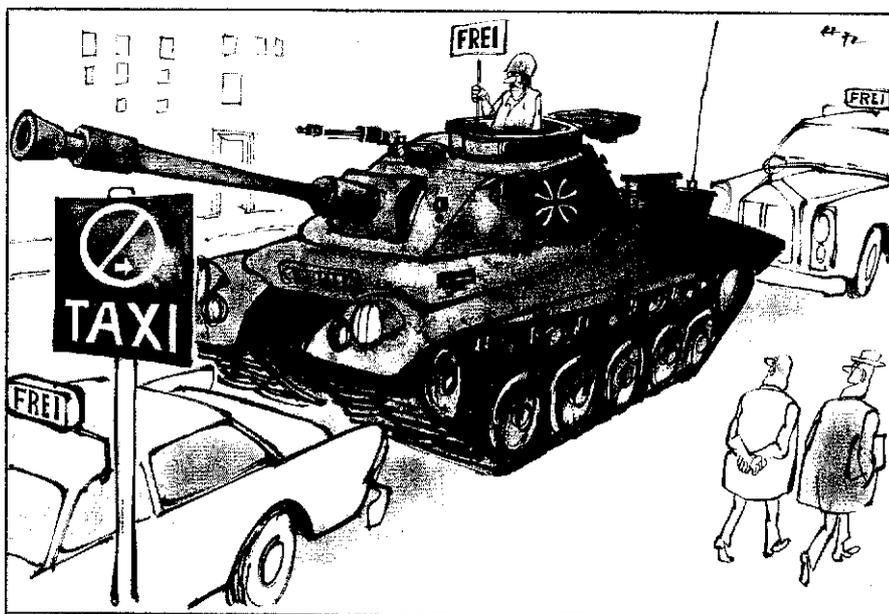
Weil dieser Zwang zur Schwarzarbeit häufig genug Grund dafür ist, daß die Soldaten nicht pünktlich zum Barras zurückkehren, will Wagemann eine der Wurzeln des Übels beseitigt sehen: „Wir brauchen ein Gesetz, nach dem Kreditinstitute, die Wehrpflichtigen vor ihrer Dienstzeit hohe Summen leihen, während der 18 oder 15 Monate keinen Anspruch auf Tilgung und Zinsen haben. Dann werden die Herren Bankdirektoren sich das schon überlegen.“

Dem Oberleutnant Anton Uthemann, Personaloffizier des Panzerbataillons 244, stellen sich im militärfremden Landshut („In Bayern ist alles anders, hier haut kaum einer ab“) auch andere Probleme: „Wir müssen denen, die weglaufen, die Angst vorm Zurückkommen nehmen. Die Gründe sind doch menschlich: Suff, Frau weg oder Schulden.“

Ganz anders greift da der markige Befehlshaber im Kieler Wehrbereich I, Admiral Berthold Jung, durch: „Wenn die Straflatte voll ist und es nützt nichts, schmeiße ich den Mann raus.“ 1971 hat der Seemann, dem zumeist Heeresoldaten unterstehen, fast 150 militärische Taugenichtse in die Freiheit entlassen.

Nach Meinung vieler Truppenoffiziere ist die Bundeswehrführung mitschuldig an der hohen Fluchtquote. Unter dem Druck der Ministerialjuristen hatte Helmut Schmidt im April 1970 verfügt, daß künftig die von den Feldjägern wieder eingefangenen Soldaten nicht mehr mit den Kosten für Fahndung und Rücktransport zur Truppe belastet werden dürfen. Einhelliges Urteil in den Offizier- und Unteroffizierkasinos einer holsteinischen Garnison: „Wirklichkeitsfremder Juristenkram.“

Wehr-Schultz findet das nicht: „Soldaten, die leichtfertig ihr Eigeninteresse über ihre Dienstpflichten stellen, können nach meinen Beobachtungen auch



„Ist das nicht derselbe, der Ihnen gestern die Ziegel zur Baustelle gefahren hat?“

Marsch. Ziel: die Telephonzelle an der Straße zum Standortübungsplatz.

Die Patrouille fand stets Sturmgepäck, Stahlhelm und Gewehr des entsprungenen Grenadiers, der seine Utensilien im gelben Häuschen abzustellen pflegte, wenn ihn die Unlust am Kommiß überkam.

Als dann fuhr der Spähtrupp zur Wohnung der Mutter Ferner und traf den Ausreißer je nach Tageszeit bei Kaffee und Kuchen oder Bratkartoffeln mit Spiegelei. Immer folgte der Unsoldat seinen Häschern gutwillig in die Kaserne.

Die Sehnsucht nach der zivilen Umwelt ist unter den Wehrpflichtigen der Bundeswehr allgemein, der formlose Abschied à la Ferner an der Tagesordnung. Alt-General Ulrich de Maizière, bis Ende vergangenen Monats General-

kräfte) ergab 1970, daß „etwa ein Drittel der Wehrpflichtigen nur unzureichend oder gar nicht“ über die Strafbarkeit der Kasernenflucht unterrichtet war.

Generalmajor Eberhard Wagemann, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision im westfälischen Unna, bezweifelt sogar, daß die bei eigenmächtiger Abwesenheit in der Regel verhängte Arreststrafe — Fahnenflüchtige müssen mit Gerichtsverfahren und Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren rechnen — noch abschreckend wirkt: „Heute in den Bau zu gehen, ist keine ehrenrührige Sache mehr, nur noch unbequem.“

Wie in den Betrieben, so machen die Deutschen denn auch beim Kommiß oft montags blau. Wehrbeauftragter Fritz-Rudolf Schultz: „Bei dieser aus dem Zivilleben gewohnten privatistischen

* Name von der Redaktion geändert.